

Amtliche Bekanntmachung



Amtsgericht Köln

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Montag, 05.10.2026, 10:00 Uhr,
Erdgeschoss, Sitzungssaal 18 Reichenspergerpl., Reichenspergerplatz 1,
50670 Köln**

folgender Grundbesitz:

Wohnungsgrundbuch von Kriel, Blatt 26508,

BV lfd. Nr. 1

1.270/10.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Kriel, Flur 62,
Flurstück 2064/64, Gebäude- und Freifläche, Am Morsdorfer Hof 4,
Vincenz-Statz-Str. 7, Größe: 895 m²

verbunden mit dem Sondereigentum an den im Aufteilungsplan mit Nr. 2
bezeichneten Räumen der Wohnung im Erdgeschoss nebst Kellerraum Nr. 2

versteigert werden.

Eigentumswohnung in 50935 Köln (Braunsfeld), Vincenz-Statz-Straße 7.

Die Wohnung Nr. 2 des Aufteilungsplans im Erdgeschoss besteht aus Wohnzimmer,
Schlafzimmer, 2 Kinderzimmern, Küche, Duschbad, Gäste-WC, Diele und einem
Kellerraum. Es besteht ein Sondernutzungsrecht an einer Garten- und
Terrassenfläche.

Wohnfläche: rd. 123 m², Terrassen- und Gartenfläche: rd. 68 m², Baujahr 2016/2018
(Altgebäude komplett saniert und modernisiert), guter Ausbau- und
Unterhaltungszustand.

Betreibender Gläubiger: Tel. 02241 100-202.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 19.03.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

1.110.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.